

KENIA

Verheerende Bilanz

Nairobis neuer Präsident hatte ein Ende der Korruption versprochen. Doch seit er selbst an der Quelle sitzt, scheint er alle guten Vorsätze vergessen zu haben.

Dem britischen Hochkommissariat in der einstigen Kronkolonie Kenia hat der Schriftsteller John Le Carré ein launiges Denkmal gesetzt. In seinem Roman „Der ewige Gärtner“ dient die altehrwürdige Einrichtung als Refugium für einen Haufen liebenswert-schrulliger britischer Diplomaten; der eine züchtet mit Hingabe seltene Tropenpflanzen, die meisten hängen im Muthaiga Club herum und trinken Gin and Tonic.

Eingebettet ist dieser Mikrokosmos in das „gefährliche, im Verfall begriffene, einstmals britische Kenia“. Gleichwohl ertragen Le Carrés vornehme Landsleute die Existenz dieser etwas lästigen Parallelwelt mit der sprichwörtlichen Selbstdisziplin der Insulaner im Dienste Ihrer Majestät. Regel Nummer eins lautet: „Zeig niemals deine Gefühle, sofern du welche hast.“

Doch mit der gewohnten diplomatischen Zurückhaltung ist es in der Realität inzwischen vorbei. Bei einem Treffen der „British Business Association“ in Kenias heruntergekommenen Kapitale Nairobi platzte Großbritanniens Hochkommissar Edward Clay, 59, in diesem Sommer der Kragen. Er knüpfte sich Kenias korruptes Kabinett der „Regenbogenkoalition“ vor.

„Die derzeit Regierenden sind so arrogant, gierig und vielleicht in einer verzweifelter Weise panisch“, dass sie sich „wie Vielfraße“ den Magen voll schlugen, berichtete der Botschafter seinen staunenden Gästen aus der Wirtschaft – „in einer für einen Mandarin des Foreign Office ungewöhnlich farbigen Sprache“, wie der „Guardian“ hinterher jubelte. Und Clay setzte noch einen drauf: „Nur kann die Regierung kaum von uns erwarten, dass es uns egal ist, wenn ihre Völlerei dazu führt, dass sie uns auf die Schuhe kotzen.“

In den anderthalb Jahren ihrer Herrschaft, rechnete Clay vor, hätten Präsident Mwai Kibakis Kleptokraten umgerechnet rund 150

Millionen Euro in dubiosen Geschäften veruntreut – was acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspräche und wofür man „1000 Mercedes S 350 kaufen“ oder „15 000 Klassenzimmer bauen könnte“.

Allein 125 Millionen Euro hätte die Regenbogenarmee, welche die Wahlen mit dem Versprechen eines kompromisslosen Kampfes gegen die Korruption gewonnen hatte, der Firma „Anglo Leasing and Finance Limited“ in den Rachen geworfen. Die sollte damit forensische Labors bauen und Sicherheitsausrüstungen liefern, damit die Regierung fälschungssichere Pässe herstellen kann. Doch geliefert habe die Firma nicht mehr als „heiße Luft“ und Zeichnungen auf der „Rückseite eines Briefumschlags“, schimpfte Clay.

Um Labors und Sicherheitsausrüstungen ging es wohl auch gar nicht: Im Frühjahr überwies Anglo Leasing 1,3 Millionen Dollar an Kenias Regierung; das Schmiergeld war als Kommissionszahlung deklariert worden. Wer hinter der dubiosen britischen Firma steckt, mag Kibakis Regierung nicht verraten; nicht auszuschließen, dass es kenianische Geschäftsleute oder sogar Regierungsmitglieder sind. Nachdem der Skandal aufgefliegen war, wurden

die Gelder von Anglo Leasing offenbar zurückerstattet.

Natürlich schäumten Kenias korrupte Machthaber erst einmal über die Strafpredigt des Botschafters. „Sein Job ist nicht der eines Komikers“, schmolte Außenminister Ali Mwakwere. Präsident Kibaki verbot fünf Ministern, an einem Dinner in der Residenz des deutschen Botschafters Bernd Braun teilzunehmen, zu dem auch der britische Kollege geladen war.

Insgesamt jedoch fiel die Reaktion auf die Brandrede eher zurückhaltend aus. Denn die Regierung der „Bananenrepublik Kenia“ („East African Standard“) hat gute Gründe, nicht allzu viel Wirbel um Clays Attacke zu veranstalten – ihre Bilanz ist verheerend.

Kenia wird von den Vereinten Nationen immer noch zu den 30 ärmsten Ländern der Welt gezählt. Die Kriminalität wuchert derart, dass selbst heimische Zeitungen von „Anarchie“ sprechen: „Menschen schlachten sich in Wildwestmanier gegenseitig ab“, berichtet der „East African Standard“, während der Polizei oft das Benzin für Patrouillenfahrten fehle.

Wegen der anhaltenden Terrorgefahr bleiben die Touristen weg. Die von den USA ausgesprochene Reisewarnung kostet Kenias Wirtschaft zwischen einer und zwei Millionen US-Dollar wöchentlich. Im Norden des Landes hungern nach Angaben von Hilfsorganisationen bereits über zwei Millionen Menschen. Doch Minister Robinson Githae fordert seine darbenenden Landsleute dazu auf, gefälligst ihre Essgewohnheiten zu ändern und, zum Beispiel, auch Esel nicht zu verschmähen.

Selbst die regierungsfreundliche in Nairobi erscheinende „Daily Nation“ erboste Githaes dreister Ausfall; Kenia gleiche immer mehr dem dekadenten Frankreich von Marie Antoinette und Ludwig XVI., wettete das Blatt.

Vergangen Monat kam es zu Ausschreitungen. Die Regierung hatte versprochen, bis Ende Juni eine neue Verfassung zu verabschieden und den Posten eines Premierministers zu schaffen, um die Macht des Präsidenten zu beschränken. Nachdem Kibaki auch diese Zusage gebrochen hatte, flogen auf den Straßen Nairobis Molotow-Cocktails, es gab Tote und Verletzte.

Nun hat auch die EU genug von den gebrochenen Versprechen des Präsidenten, 47 Millionen Euro Hilfgelder werden zurückgehalten. Ausgezahlt würden sie erst, hieß es aus Brüssel, wenn der Anglo-Leasing-Skandal gründlich untersucht worden sei.

THILO THIELKE



Staatsoberhaupt Kibaki: Ähnlichkeiten mit Ludwig XVI.

SIMON MAINA / AFP